

Georg Lind

## Das Demokratietheparadoxon ist mit „Demokratie leben“ nicht zu lösen

Ein Zwischenruf aus der Sicht der Demokratie-Psychologie

Überall in der Welt „draußen“ kommt die Demokratie unter Druck. In immer mehr Ländern kommen Autokraten an die Macht, die zu Recht darauf verweisen können, dass sie demokratisch gewählt wurden und von der Bevölkerung unterstützt werden. Und jetzt droht uns auch hier in Deutschland und Europa eine Zunahme an anti-demokratischen Bewegungen. Es ist gut, dass die Regierung jetzt etwas dagegen tun will. Aber: Stimmen die Ziele? Stimmen die Mittel? Ein Zwischenruf aus der Sicht der Demokratie-Psychologie.

► Stichwörter: Politische Bildung, Demokratiepädagogik, Demokratypsychologie, Politische Psychologie

Über einhundert Millionen (100.000.000,00) Euro im Jahr gibt die Bundesregierung aus, um mit ihrem Programm „Demokratie leben“ die Demokratie zu stärken. Die Bundesländer legen noch einiges drauf. Folge: Überall im Land lacht uns jetzt die Demokratie von Plakaten herunter an, fahren Demokratie-Mobile durch die Gegend und zeigen sich in Hochglanzbroschüren Jugendliche unterschiedlicher Hautfarbe von der Möglichkeit begeistert, dass sie über dies und das mitbestimmen dürfen. Dieses Bundesprogramm leidet jedoch, wie schon das frühere Bund-Länder-Projekt „Demokratie leben und lernen“, an inneren Widersprüchen und daran, dass Erkenntnisse der Demokratypsychologie ignoriert werden.

### Das Demokratie-Programm

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ (siehe unten) richtet sich gegen „menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen“ von Bürgern, weil sie den „Zusammenhalt und die Demokratie“ gefährden. Aber ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst? Die Bürger sind doch die Demokratie. Demokratie bedeutet doch, wie im Grundgesetz verbürgt, Freiheit der Meinungsäußerung. Das Programm fördert „Vielfalt und Demokratie“, grenzt jedoch unverhohlen viele Bürger aus, nämlich diejenigen, die sich von der real existierenden Demokratie ausgegrenzt und überfordert fühlen und daher anders wählen, als die Regierungsparteien sich das wünschen. Das Programm „unterstützt Menschen im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen“. Aber was soll das konkret heißen?

Demokratie heißt wörtlich Herrschaft durch das Volk. Es heißt nicht Herrschaft durch eine Elite, an der sich das Volk beteiligen darf. Es heißt nicht, dass das Volk bloß als Hilfstruppe zur Abwehr von bestimmten Herrschaftsformen angeheuert wird. Unsere real existierende Demokratie entspricht noch lange nicht ihrem Ideal. Sie

ist auf vielfältige Weise gegen große Teile des Volks abgesichert: Führungskräfte dürfen (außer auf Gemeindeebene) nicht direkt gewählt werden; Gesetze dürfen nicht (wie in der Schweiz) vom Volk beschlossen werden; für eine Kandidatur zu den Parlamenten sind hohe Hürden aufgestellt; Wahllisten werden (nicht selten) nach heftigen Intrigen (die selten ans Licht kommen) in Hinterzimmern ausgemauschelt. Gegen diese real existierende Demokratie richtet sich der wachsende Unmut von Bürgern, nicht gegen die Idee der Demokratie als Herrschaft durch das Volk. Wer sich gut in der politischen Filterblase eingerichtet hat, kann das nur nicht mehr wahrnehmen.

### Das Demokratie-Paradoxon

Gegen diesen Unmut, so stellt man plötzlich fest, helfen keine Gesetze, keine Polizei und kein Verfassungsschutz, solange dieser Unmut sich der Mittel bedient, die ihm legal verbleiben: Wahlen. Die Demokratie, so werden wir gewahrt, kann sich selbst abwählen. Das sollte uns eigentlich nicht überraschen. Hitler kam durch Wahlen an die Macht, so wie die meisten Autokraten dieser Welt. Nur wenige Male haben Autokraten erfolgreich gegen den Willen des Volkes die Macht mit Gewalt errungen. Sie brauchten dazu fast immer die Hilfe von außen, so wie in Chile, in der Türkei, im Iran, in Nord-Korea und im Kongo. Wer darauf verweist, dass Hitler damals nur ein Drittel der Stimmen bekommen hat, sollte sich daran erinnern, dass auch viele demokratische Regierungen heute mit nicht viel mehr, oft sogar mit weniger Stimmen an die Macht gelangt sind.

Wahlen gelten als der kleinste gemeinsame Nenner der demokratischen Eliten. Ein Land gilt bereits dann als „freiheitlich“, wenn es Wahlen gibt, seien sie auch noch sehr manipuliert und unfrei. Es ist also ausgeschlossen, dass man die real existierende Herrschaftsstruktur dadurch zu sichern versucht, indem man die Wahlen einschränkt. Da-

mit würde die Demokratie zur Farce verkommen, wie in einigen „volksdemokratischen Republiken“, in denen das Volk nominell gleich dreimal vorkommt (Volk, *Demos*, *Res Publica*), aber es real dreimal nichts zu sagen hat.

### Der falsche Weg

Der einzige verbleibende Weg, so scheinen die Macher der derzeitigen Demokratie-Programme zu denken, um die real existierende Demokratie gegen den wachsenden Unmut von Bürgern zu sichern, sei es daher, die Menschen an diese Realität zu gewöhnen und zum Mitmachen zu animieren. Wenn man sich die **Erfahrungen mit partizipativen Bildungsprogrammen** ansieht, dann stellen sich **massive Zweifel ein, ob solche Programme den gewünschten Erfolg haben können oder nicht eher das Gegenteil bewirken.**

Das Bund-Länder-Projekt „Demokratie leben und lernen“, das mit ähnlichen Motiven und ähnlichen Methoden die Demokratie zu stärken versuchte, ist **bestenfalls wirkungslos** verpufft. Ich habe nach Evaluationsstudien gesucht, aber nichts gefunden, was diesen Namen verdient. Klar, die direkt davon profitierenden Teilnehmer und Veranstalter finden lobende Worte. Aber einer der beiden wissenschaftlichen Initiatoren des Programms, Professor *Wolfgang Edelstein* vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, hatte uns in einer informellen Runde am Rande einer Tagung in Konstanz über Fälle berichtet, in denen nach Abschluss eines Schulprojekts rechte Schüler die SMV-Wahlen gewonnen hätten. US-Studien über die Wirkung von *Social Service*-Projekten haben gezeigt, dass diese keine oder negative Effekte haben, wenn sie nicht in eine adäquate Demokratiebildung eingebettet sind, wie einer der weltweit führenden Experten auf diesem Gebiet befindet: „Are [the students] taught the skills they need to think for themselves and to govern collectively?“ (Westheimer 2015, 466) Sogar die „*Just Community*“-Methode, die *Kohlberg* und seine Mitarbeiter vorschlugen, um diese Skills zu fördern, zeigt sich in dieser Hinsicht wirkungslos (Lind 2002).

Programme, so kann man zusammenfassen, die allein auf „Werte Vermittlung“ und Eingewöhnung in bestehende Herrschaftsstrukturen setzen, sind bestenfalls wirkungslos, oft aber kontra-produktiv. Sie ziehen einige an, stoßen aber andere ab. Diese Spaltung erhöht den Druck auf die real existierende Demokratie.

### Das Bildungs-Paradoxon: Es geht auch billiger und wirksamer!

Aus dieser Erfahrung sollten wir endlich lernen. Vor allem wäre es Zeit, sich auf eine erfolgreiche Methode zu besinnen, die es schon seit vielen Jahren gibt, die gut erprobt und hoch wirksam ist und dabei weniger Geld kostet. Diese Methode basiert auf **zwei wichtigen Erkenntnissen:**

- (1) Die Idee der Demokratie wird, wie Umfragen immer wieder belegen, weltweit von den meisten, wenn nicht sogar von allen Menschen, gewünscht. Wir müssen also keine Überzeugungsarbeit leisten. Die Demokratie wurde schließlich nicht von Wissenschaftlern oder Regierungen erfunden, sondern von einfachen Menschen erkämpft.
- (2) Demokratie als Lebensform muss gelernt werden. Sie erfordert die Fähigkeit, Probleme und Konflikte auf der Grundlage universeller demokratischer Prinzipien wie Freiheit, Gerechtigkeit und Kooperation zu lösen, und zwar nur durch individuelles Abwägen und durch Diskussion mit anderen. Wer keine Gelegenheit bekommen hat, diese Fähigkeit zu entwickeln, ist bei der Lösung von Problemen und Konflikten auf den Einsatz von Gewalt, Betrug oder Unterwerfung unter Andere angewiesen. **Wir haben es gegenwärtig also mit den Folgen eines Bildungsversagens zu tun.**

Diese Methode zielt auf die **Stärkung des Individuums**, das schlussendlich der Garant für die Demokratie ist. Sie zielt darauf, *jedem* Bürger Gelegenheit zu geben, seine moralisch-demokratischen Fähigkeiten zu entwickeln. Sie ist daher *vollinklusiv* und setzt nicht auf eine Allianz der Willigen, wie viele andere Ansätze zur politischen Bildung. Sie setzt auch nicht auf Abwehr und Kampf, also auf kriegerische Metaphern, die leicht in reale Gewalt umschlagen können, sondern auf Befähigung zur respektvollen Kommunikation, indem sie genau diese Kommunikation erfahrbar macht: Aha, meine Mitmenschen sind gar nicht darauf aus, mich auszugrenzen, sondern reden mit mir und hören mir zu.

Reden und Zuhören, so schreibt der Nobelpreisträger *Amartya Sen* (2013) in seinem berühmten Buch „Die Idee der Gerechtigkeit“, sind die schwierigste Aufgabe, der sich ein Bürger in der Demokratie ausgesetzt sieht. Also müssen wir genau diese Fähigkeit in der Schule fördern, wenn wir die Demokratie erhalten und sie in Richtung auf ihr Ideal weiterentwickeln wollen (mehr dazu in Lind 2019).

### Literatur

- Lind, G.: Ist Moral lehrbar? Ergebnisse der modernen moralpsychologischen Forschung. Berlin 2002.
- Lind, G.: Diskussions-Theater: eine Methode der demokratischen Bildung. In: *Lehren & Lernen* 44 (2018), H. 10, S. 24-33.
- Lind, G.: Moral ist lehrbar. Wie man moralisch-demokratische Kompetenz fördern und damit Gewalt, Betrug und Macht mindern kann. Berlin 2019.
- Sen, A.: Die Idee der Gerechtigkeit. München 2013.
- Westheimer, J.: Teaching for Democratic Action. In: *Educação & Realidade* (Porto Alegre) 40 (2015), Nr. 2, S. 465-483.

Apl. Prof. i. R. Dr. Georg Lind  
Universität Konstanz  
Georg.Lind@uni-konstanz.de